

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Christian Weisbrich
(CDU)



Martin Börschel (SPD)

Aus dem Gerichtsurteil zum Nachtragshaushalt 2010 ziehe ich den Schluss, dass ...

... die präventive Finanzpolitik von Ministerpräsidentin Kraft mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht vereinbar ist. Bürger und Parlamente der Zukunft müssen davor bewahrt werden, den finanziellen Handlungsspielraum zur Bewältigung künftiger Probleme zu verlieren.

... die bisher angelegten Kriterien zur Definition einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, wie vom Gericht angeregt, nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Auch die Expertenanhörung im HfA hat bestätigt, dass z.B. Verwerfungen des Finanzmarkts nicht berücksichtigt werden.

Eine Alternative zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2011 ...

..., in der die Vorgaben des Urteils des Verfassungsgerichtshof 1:1 umgesetzt werden, ist von der Landesregierung bislang nicht vorgelegt worden. In der vorliegenden Fassung ist der Haushaltsentwurf 2011 wieder nicht verfassungskonform.

... hat bislang niemand substantiell vorgetragen. Wer, wie die CDU, die Neuverschuldung auf einen Schlag halbieren möchte, muss entweder die Steuereinnahmen künstlich schön rechnen oder massiv Personal bei Schulen, Polizei und Justiz abbauen und den Kommunen erneut tief in die leeren Kassen greifen.

Am Haushalt, an den harten Zahlen, lassen sich die Prioritäten einer Regierung ablesen. Diese Regierung ...

... missachtet Artikel 83 der Landesverfassung. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs stellt klar, dass die Landesverfassung dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwälzung staatlicher Lasten dient.

... setzt diese Prioritäten bei Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und bei den Kommunen als Hauptinvestoren in Infrastruktur. Beides sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, weil dadurch Wachstumsimpulse gesetzt werden.

Angesichts des Schuldenbergs muss eine Haushaltspolitik ...

... her, die langfristig dem Willen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trägt, die Verschuldung des Landes zurückzuführen, um politischen, insbesondere auch sozialpolitischen Handlungsspielraum zurück zu gewinnen und neu zu schaffen. Auf dem Konsolidierungsweg ist eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen zu wahren.

... alle Kosten mit einbeziehen, sich um die Ursachen kümmern und dabei auch den unteren Teil des Eisbergs im Blick behalten. Dazu zählen die Kommunen, die Pensionslasten, aber auch die Opportunitätskosten von unterlassenen Bildungsinvestitionen. Wir können es uns nicht mehr leisten, kurzfristig zu denken.

Die Gesamthöhe der vorgesehenen Zuweisungen an die Gemeinden betrachte ich als ...

... eine gezielte, durch ein Sondergesetz zu regelnde Konsolidierungshilfe für die in Not geratenen Kommunen. Durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund, die Hilfe vom Land und eigene Anstrengungen werden die Kommunen in die Lage versetzt, ausgeglichene Haushalte zu erreichen.

... wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren finanziell stark bluten müssen und laufen teilweise auf dem Zahnfleisch. Wir müssen den Kommunen jetzt unter die Arme greifen; sie sind mindestens so systemrelevant wie Banken.

Diesmal zur Haushaltspolitik.



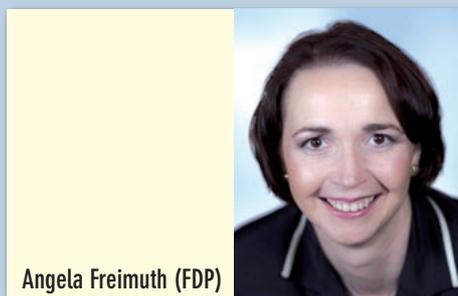
... sehr hohe Hürden für die Begründung einer wirtschaftlichen Störungslage formuliert wurden. Das Urteil führt aber nicht zu Einsparungen, da es nur die Bildung von Rücklagen für zukünftige Ausgaben (WestLB, Pensionen, Urteil zum Kinderförderungsgesetz) nicht aber die Ausgaben selbst verhindert.

... hat die Opposition nicht ernsthaft dargestellt. Die Regierung hat bereits Konsolidierungsvorschläge über 700 Millionen Euro vorgelegt. SPD und Grüne werden zudem Anträge zum Verzicht auf nicht zwingend erforderliche Ausgaben und sozialverträgliche Einnahmeverbesserungen vorlegen.

... setzt klare Prioritäten für bessere Bildung und Ausbildung. Sie stellt sich dem finanziellen Desaster, das CDU und FDP bei den Kommunen hinterlassen haben. Sie investiert in Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Industrie und setzt damit wichtige positive Impulse für mehr Arbeitsplätze.

... her, die nachhaltig wirkt. Steuergeschenke, die NRW jährlich fast drei Milliarden Euro kosten, sind (im Bund) abzubauen und zur Konsolidierung einzusetzen. Schwarz-Gelb musste schlechte Politik in Events und Broschüren teuer verkaufen. Auf diese Art der Selbstdarstellung verzichtet Rot-Grün als erstes.

... klares Signal, dass Rot-Grün die desaströse Finanzlage der Kommunen verbessern will. Leider haben CDU und FDP im Bund für dieses Jahr erneut keinen Cent an Sozialkostenentlastung zugestanden. Dies erhöht die Dramatik zusätzlich und erschwert massiv den geplanten Konsolidierungsprozess.



... Haushaltskonsolidierung und ein Ende der Schuldenpolitik im Interesse künftiger Generationen notwendig sind. Ausgaben müssen aus den Einnahmen gedeckt werden. Ein stetig wachsender Schuldensockel darf die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen und Gesetzgeber nicht in Frage stellen.

... muss von der rot-grünen Landesregierung und dem Landesparlament erarbeitet werden. Wir erwarten, dass Rot-Grün Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zieht, die sich erkennbar im Haushalt 2011 abbilden.

... plant zu Lasten der Gestaltungsräume künftiger Generationen schuldenfinanzierte Wahlzusagen, z.B. Verbot der Studienbeiträge. Die Zeche zahlen die Steuerzahler mit Zins und Zinseszins, aber auch zum Beispiel die Studierenden, deren Studienbedingungen sich verschlechtern.

... her, die langfristig ohne neue Schulden auskommt und Altschulden tilgt. Die Schuldenbremse unterstreicht dieses Ziel, weshalb sich die FDP auch für eine eigene Verfassungsregelung in NRW ausspricht, die leider von Rot-Grün verweigert wird.

... guten Beitrag des Landes zur Gemeindefinanzierung bis zu einer grundlegenden Gemeindefinanzreform, da jeder vierte Euro aus dem Landesetat den Kommunen zugutekommt. Wir halten aber die von rot-grün geplante Umstrukturierung im GFG insbesondere zu Lasten des kreisangehörigen Raums für falsch.



... endlich die unterfinanzierten öffentlichen Haushalte durch mehr Steuergerechtigkeit und höhere Einnahmen strukturell gesichert werden müssen. Das Finanzchaos von CDU/FDP in den letzten fünf Jahren mit 23 Milliarden Euro neuer Verschuldung muss beseitigt werden. Neuwahlen lösen das Finanzproblem nicht.

... ist das Konzept der Fraktion Die Linke für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir wollen ein landesweites Sozialticket für Bus und Bahn, gebührenfreie Kitas, „Eine Schule für alle“, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Mindestlöhne von zehn Euro pro Stunde.

... von SPD und Grünen hat ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht. Schulen, Hochschulen und Kitas bleiben unterfinanziert wie auch viele soziale Einrichtungen. Die schlechte Bezahlung, z.B. bei angestellten LehrerInnen, wurde ebenso wenig verbessert wie die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst (Original sozial nach der Wahl ist nur Die Linke).

... her, die langfristig angelegt ist und zu wirklichen Verbesserungen der Lebensbedingungen führt. Soziale Sicherheit, gleiche Chancen für alle, ein gesundes Leben in einer gesunden Umwelt erfordern nachhaltige Investitionen, z.B. brauchen wir statt Atomenergie schnellstmöglich 100 Prozent erneuerbare Energien.

... unzureichend, CDU/FDP haben den Städten und Gemeinden in den letzten fünf Jahren mehr als 3 Milliarden Euro entzogen. Die Linke fordert eine gerechte Finanzreform, die den Kommunen jährlich 1 Milliarde Euro mehr einbringt.